

Die größte Volksbank der Region

Bremen und Wümme-Wieste wollen fusionieren, um genossenschaftliche Kräfte zu bündeln



Die Zentrale der Bremischen Volksbank am Domshof. Wenn alles klappt, will die Genossenschaftsbank zum Januar mit der Volksbank Wümme-Wieste fusionieren.

FOTO: ROLAND SCHEITZ

VON FLORIAN SCHWIEGERSHAUSEN

Bremen. Wenn sich in diesen Tagen eine Bank mit einer anderen zusammenschließen will, fällt direkt die Frage: „Welche davon ist denn in Schiefelage geraten?“ Sowohl der Bremischen Volksbank als auch der Volksbank Wümme-Wieste geht es nach eigenem Bekunden gut, sie wollen zum Januar dennoch fusionieren – um gemeinsam stärker zu werden. So haben es am Dienstag die vier Vorstände der beiden Geldinstitute mitgeteilt. „Es ist die richtige Zeit, die Weichen für die Zukunft zu stellen. Beide Häuser agieren aus einer Position der Stärke heraus. Keiner muss – aber beide wollen die genossenschaftlichen Kräfte bündeln. Das sind gute Voraussetzungen für das Gelingen des Vorhabens“, sagten die Vorstände. Durch den Zusammenschluss entsteht die größte Genossenschaftsbank in der Region, wenn man auf die gemeinsame Bilanzsumme von 2,3 Milliarden Euro schaut. Doch die Fusion wirft auch Fragen auf.

Was bedeutet dieser Zusammenschluss für die Kunden?

Zusammen werden die beiden Geldinstitute knapp 60.000 Kunden betreuen. 24.000 Kunden sind es bisher bei der Bremischen Volksbank und 26.000 Kunden bei der Volksbank Wümme-Wieste. Während die Bremer mehr Firmenkunden betreuen, sind es bei ihren

Kollegen in und um Rotenburg/Wümme herum mehr Privatkunden und Kunden aus der Landwirtschaft. Wümme-Wieste-Vorstand Stefan Hunsche sagte: „Bei der Finanzierung von Fotovoltaik- oder Biogasanlagen haben wir durchaus Erfahrung.“ Die Bremer wiederum sehen einen Vorteil für ihre Firmenkunden, wie der Vorstandsvorsitzende Ulf Brothuhn sagte: „Unsere mittelständischen Firmenkunden wachsen, und da wollen wir mitwachsen.“ Denn mit dem Wachstum der Unternehmen steigen auch die Kreditsummen für die Projekte der Firmen. In Zukunft sei man stark genug, dies zu stemmen, ohne eine andere Bank ins Boot zu holen, um das Risiko zu minimieren. Die Wümme-Wieste-Banker hoffen auf die Erfahrungen der Bremer aus dem Private Banking, was die Betreuung vermöglicher Kunden angeht. „Das ist etwas, was man uns bisher eher weniger zutraut“, ergänzte Wümme-Wieste-Vorstand Matthias Dittrich.

Was wird aus den insgesamt 17 Filialen?

Das gemeinsame Filialgebiet beginnt im Westen in Stuhr und erstreckt sich bis in den Osten nach Fintel zwischen Rotenburg/Wümme und der Lüneburger Heide. Beinahe alle Standorte sollen nach Aussagen der Bankenchefs erhalten werden. Die Ausnahme: Beide Volksbanken verfügen über einen Standort in Rotenburg/Wümme. Zwischen diesen beiden Filialen, jeweils mitten in der

Fußgängerzone, liegen nach Vorstandsangaben etwa 800 Meter. Hier gibt es die Überlegung, daraus eine gemeinsame Filiale zu formen.

Was bedeutet die Fusion für die Beschäftigten?

Die neue große Genossenschaftsbank hat insgesamt 250 Beschäftigte, die am Montag über die geplante Fusion informiert wurden. Nach den Worten der vier Vorstände werden auch alle Mitarbeiter in Zukunft gebraucht. „Auch schon allein, um die Fusion beider Banken voranzubringen“, sagte Vorstand Detlev Herrmann von der Bremischen Volksbank. Vorstand Matthias Dittrich von der Volksbank Wümme-Wieste sieht es für sein Geldinstitut so: „Bei uns werden sich in den kommenden Jahren eine Reihe von Beschäftigten aufgrund ihres Alters in den Ruhestand zurückziehen.“

Was wird aus den Vorständen?

Sowohl die Vorstände aus Wümme-Wieste, Matthias Dittrich und Stefan Hunsche, werden an Bord bleiben als auch bei der Bremischen Volksbank Vorstand Detlev Herrmann und der Vorstandsvorsitzende Ulf Brothuhn, der sagte: „Jeder von uns hat unterschiedliche Kompetenzfelder, die sich gut ergänzen.“ Außerdem gehe es um Vertrauen, dass man bei den Kunden in seinem jeweiligen Geschäftsgebiet habe. Altersmäßig seien die

vier Banker zwischen 55 und 57 Jahren – auch das bedeute, dass für alle der Ruhestand noch einige Jahre entfernt sei.

Was bedeutet diese Fusion für die Dividende der Mitglieder?

Die Volksbank Wümme-Wieste zahlte ihren Genossenschaftsmitgliedern in den vergangenen Jahren meistens 1,5 Prozent Dividende, bei der Bremischen Volksbank waren es in der Regel zwei Prozent. Die Bremer haben 7840 Mitglieder, bei der Volksbank Wümme-Wieste sind es 12.606.

Wie soll die Bank künftig heißen?

Für den endgültigen Namen gibt es noch keine Idee. Den Vorständen zufolge soll es etwas sein, was beiden Regionen gerecht wird. „Bremen soll schon irgendwie im Namen auftauchen“, sagte Ulf Brothuhn. Da hoffe man aber durchaus auch auf gute Ideen der Beschäftigten.

Was könnte der Fusion noch im Weg stehen?

Auch wenn die Aufsichtsräte der beiden Volksbanken den Zusammenschluss abgesegnet haben, müssen im November noch die jeweiligen Mitgliederversammlungen mit 75 Prozent plus einer Stimme dafür sein. Im Falle der Zustimmung wird es in Deutschland künftig statt 737 noch 736 Volks- und Raiffeisenbanken geben.

Umweltverband lehnt Ersatz-OTB ab

BUND-Geschäftsführer: Konzentration aufs Machbare anstatt auf die Maximalvariante

VON PETER HANUSCHKE

Bremerhaven. Ein Eingriff in ein Naturschutzgebiet bleibt ein Eingriff in ein Naturschutzgebiet. So könnte die Ablehnung in Kurzform des Naturschutzverbandes BUND Bremen gegenüber den jüngsten Plänen aus dem SPD-geführten Häfenressort lauten, die ein Nachfolgeprojekt für den gescheiterten Schwerlasthafen OTB in Bremerhaven beinhalten. Wie berichtet, setzt sich das Ressort nun für den sogenannten Energy Port ein – ein Projekt, das „wesentlich zum Gelingen der Energiewende und auch zur künftigen Versorgungssicherheit in Deutschland beitragen soll“. Aus Sicht der mitregierenden Grünen-Fraktion ist die Studie zum „Energy Port“ zunächst einmal eine gute Grundlage, die mehrere Optionen beinhaltet.

„Kurz vor der Wahl springt der OTB wieder aus der Kiste“, sagt Martin Rode, Geschäftsführer des BUND-Landesverbandes Bremen, im ausführlichen Statement zu den Plänen. Die Natur an der Wesermündung werde weiter von Hafenplanungen bedroht. Nach wie vor handele es sich wie beim OTB um Planungen in einem Naturschutzgebiet von europäischem Rang. „Mittlerweile ist allerdings noch viel klarer als zu Beginn der OTB-Planungen vor eineinhalb Jahrzehnten, dass neben der Klimakrise die Biodiversitätskrise eine ebenso große globale Heraus-

forderung ist.“

„Die Zeichen stehen auf Aufbruch, das Wettrennen um die ökonomische Teilhabe am Offshore-Boom hat begonnen“, sagt Robert Bücking, Vorsitzender des städtischen Hafenausschusses und wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion, zur „Potenzialanalyse Energy Port“. „Bremerhaven ist mit seiner Lage und seinen Kompetenzen im Bereich Wind-Energie gut aufgestellt.“ Mit der Potenzialstudie sei ein Auftakt für einen intensiven Arbeitsprozess gemacht. Hier müsse das Häfenressort nun zügig liefern. „Die Anforderungen sind klar: vertiefte Prüfung verschiedener Standorte,

schlüssiger Bedarfsnachweis, belastbares Finanzierungskonzept.“ Beim Geld werde es ohne Unterstützung des Bundes nicht gehen. „Die Gutachter haben bereits aufgezeigt, was kein gangbarer Weg ist: Genehmigungsrechtlich ist ein tideoffenes Dock zum Scheitern verurteilt, aufgrund der massiven Belastungen in dem ökologisch hochrangigen Gebiet des Blexer Bogens.“ Für alle weiteren Entwicklungsideen, die nun auf dem Tisch liegen, sei ein enger Dialog mit den Naturschutzverbänden unerlässlich.

Dass Bremerhaven am Boom der erneuerbaren Energien teilhaben möchte, dafür zeigt der BUND Verständnis. Die Energy-

Port-Studie enthalte auch Planungsvorschläge, mit denen die Seestadt von dieser Entwicklung profitieren könnte und das Naturschutzgebiet an der Unterweser unberührt bleibe. Doch die Wahl sei auf die Maximalvariante gefallen. „Der Senat wäre gut beraten, sich auf das Unstreitige und Machbare zu konzentrieren“, so Rode. Davon abgesehen, würde das alleine Investitionsbedarfe erfordern, die Bremen kaum stemmen könne. Zudem müsse es vorneweg darum gehen, vorhandene Infrastruktur optimal zu nutzen. Davon seien viele Hafenbereiche Bremerhavens weit entfernt, zumal überall Sanierungsstau bestehe.

Für die Maximalvariante veranschlagen die Gutachter von „Energy Port“ – neben Schiffsanlegern sollen auch Gewerbeflächen im Süden des Fischereihafens hergerichtet werden – rund eine halbe Milliarde Euro. Eine Summe, die ohne die Unterstützung des Bundes nicht finanzierbar sei, so Hafensenatorin Claudia Schilling (SPD).

Aus Sicht des BUND war der eigentliche Zweck der Studie immer, den Bau des vor Gericht in allen Instanzen gescheiterten OTB wieder zurück auf die politische Agenda zu hieven. „Wen wundert es, dass exakt die OTB-Planung erneut als Lösung aller Probleme aufgemalt wird – und sogar noch mehr, nämlich zusätzlich gleich südlich anschließend ein tideoffenes Dockbecken“, so Rode.



Der Umweltverband BUND lehnt wie schon den Offshore Terminal Bremerhaven auch das jüngste Vorhaben aus dem Häfenressort ab – den sogenannten „Energy Port“, der im Bereich des Fischereihafens entstehen soll. FOTO: HERO LANG

Handel hadert mit Verkehrspolitik

Gästeabend im Bremer Rathaus

VON LISA SCHRÖDER

Bremen. Vertreter des Einzelhandels sind unzufrieden mit der Verkehrspolitik in Bremen. „Natürlich sorgen wir uns darum, dass die Verkehrswende von vielen Betroffenen schlicht als Mobilitätsverlust empfunden wird“, konstatierte Stefan Brockmann, Ausschussvorsitzender der Handelskammer Bremen, mit Verweis auf bisherige Projekte. Viele Menschen fühlten sich offenbar derzeit beim Wandel nicht mitgenommen. „Wer Experimentelles mag, ist beim Jazz deutlich besser aufgehoben“, kritisierte er. Die Vision einer autoarmen Innenstadt befürwortete man, sagte Brockmann beim Gästeabend des Einzelhandels.

Aus Sicht des Handels muss zudem dringend etwas für die Ordnung in der Innenstadt getan werden. „Sowohl bremische Unternehmerinnen und Unternehmer als auch Besucher unserer Stadt sehen gerade mit Blick auf die Bereiche Sicherheit und Sauberkeit erhebliche Handlungsbedarfe“, sagte Brockmann bei der Veranstaltung im Festsaal des Bremer Rathauses. Von der Politik forderte er mit Blick auf die Wahl der Bremischen Bürgerschaft im Mai mehr Mut und Geschlossenheit.

Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) forderte in seiner Rede ebenfalls mehr Mut in Bezug auf die Innenstadt. „Wir müssen was ausprobieren“, sagte Bovenschulte. In Bremen seien wichtige Schritte schon unternommen worden – von den Plänen für das Stadtmusikantenhaus bis hin zur Entwicklung beim Parkhaus Mitte. Bovenschulte schob aber auch vorweg: „Alles zusammen reicht noch nicht.“

Das Zentrum müsse, sagte auch Bovenschulte, weiter erreichbar sein. Die Verkehrswende sei jedoch genauso wichtig – auch im Sinne der Stadtentwicklung. Bremen sei auch in der Vergangenheit bereits immer autoärmer geworden. Früher hätten auf dem Domshof Autos geparkt. „Es ist gut, dass das nicht mehr so ist.“

Die Handelskammer und der Handelsverband Nordwest richten den Gästeabend gemeinsam aus. Brockmann zog dabei durchaus auch eine positive Bilanz der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Politik in Sachen Corona. „Wir haben eine Krise bisher nicht gekanntes Ausmaßes gemeinsam erfolgreich bewältigt“, sagte er und bekam dafür Applaus von den Gästen im vollen Festsaal.

FLÜSSIGERDGAS

Start von Vorarbeiten für LNG-Terminal

Sellin/Stralsund. Nach dem unangekündigten Start von Vorarbeiten für das vor Rügen geplante Terminal will sich der zuständige Landrat an die Bundesregierung wenden. Der Energiekonzern RWE sei zwar Vorhabensträger, teilte der Landrat von Vorpommern-Rügen, Stefan Kerth (SPD), am Dienstag mit. „Aber die Energieversorgung ist Sache des Bundes.“ Noch am Dienstag wollte Kerth an den zuständigen Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, schreiben. DPA

AUTOINDUSTRIE

Volkswagen erwartet Gewinneinbruch

Braunschweig. Die Volkswagen-Finanzdienstleistungen (VWFS) rechnen wegen gestiegener Zinsen und stagnierender Gebrauchtwagenpreise in diesem Jahr mit einem deutlichen Gewinnrückgang. Das operative Ergebnis dürfte nach 5,6 Milliarden Euro im Vorjahr auf weniger als vier Milliarden Euro fallen, teilte das Management mit. Der Wert von 2,9 Milliarden Euro aus dem Vor-Corona-Jahr 2019 werde aber auf jeden Fall übertroffen. DPA

STUDIE

Rekordwachstum bei Strom aus Erneuerbaren

Masdar. Die weltweite Strom-Erzeugungskapazität aus erneuerbaren Energien ist laut einer Studie im vergangenen Jahr um 9,6 Prozent auf 3372 Gigawatt gewachsen. Dies teilte die Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (Irena) am Dienstag mit. Irena-Generaldirektor Francesco La Camera sprach von einem Rekordwachstum. DPA